

# ERSTE REAGIERUNGEN DER UNGARISCHEN KONSERVATIVEN AUF DIE REVOLUTIONSEREIGNISSE UND IHRE ABWARTUNGSTAKTIK IM FRÜHJAHR UND ANFANG SOMMER 1848

von  
ERZSÉBET ANDICS

Über den Ausbruch der Pariser Revolution informierte Metternich sofort nach Erhalt der Nachricht als erste die Führer der Konservativen. Letzteren dürfte es kaum völlig geheim geblieben sein, dass der österreichische Staatskanzler schon gleich zu Beginn des Jahre 1848 im Zusammenhang mit den italienischen revolutionären Ereignissen schon ersten Schritte unternommen hat, um mit St. Petersburg und Berlin ein gemeinsames revolutionsgegnerisches Verhalten zustandezubringen und – falls nötig – auch ihr gemeinsames bewaffnetes Auftreten zu sichern. Unter den Plänen Metternichs stand an erster Stelle, dass er mit der Unterstützung des russischen Zaren gerechnet hat. Der Wiener russische Geschäftsträger Fonton informierte das Kabinett zu St. Petersburg schon Mitte Februar – also noch vor Ausbruch der Pariser Revolution – in einem „ausserordentlich vertraulichen“ Bericht darüber, dass man in Wien dem russischen Zaren, als ihrem Retter vertraut. Österreich ist von Gefahren bedroht „si ses Alliés ne lui viennent pas en aide et par leur appui moral et au besoin materiel ne prêta à son gouvernement la force et l'énergie nécessaires“.<sup>1</sup>

„Handle die Regierung so lange es nicht zu spät ist“ – mit diesen Worten reagierte auf die Nachricht von der Pariser Revolution einer der agilsten Führer der ungarischen Konservativen, Graf Emil Dessewffy.<sup>2</sup> Dies entsprach der in konservativen Kreisen allgemein herrschenden Meinung; auch später vermochten sie dem Habsburger-Regime nicht genug seine Machtlosigkeit und Feigheit vorzuwerfen, indem es versäumt hat den revolutionären Ereignissen vorzugreifen, diese rechtzeitig zu unterdrücken. Auch gab es im Lager der Konservativen solche, die von György Apponyi, als Kanzler, mehr „Energie“ erwartet hätten um den revolutionären Bewegungen Einhalt zu bieten. „Ein richtiger Staatsmann hätte schon in Kenntnis der Ereignisse vom Februar den Landtag unbarmherzig aufgelöst“, war die Meinung eines solchen Potentaten der konservativen Partei wie Baron Lajos Ambrózy, Administrator von Temes.<sup>3</sup>

Während das Volk im Freudentaumel über den Sieg der Revolution lebt, versichern die Konservativen insgeheim den Hof dessen, dass sie die Revolution verurteilen. Erzherzogin Sophie vermerkt in ihrem Tagebuch, dass sie den jungen Szécsen empfangen hat, dessen Schmerz darüber, was sich in

Ungarn und in Wien zugetragen hatte, sie tief ergriffen hat.<sup>4</sup> Die „graue Eminenz“ des hinterlistigen konservativen Widerstands, Vizekanzler László Szögyény, versucht die letzten Augenblicke vor dem Amtsantritt der verantwortlichen ungarischen Regierung dazu zu benutzen, um eine Reihe besonders höfisch gesinnter kirchlicher Würdenträger, die als Unterstützer der konservativen Partei bereits erprobt waren, in eine noch höhere Würde zu erheben, die einen grösseren politischen Einfluss gewährleistet. Dieser Versuch Szögyénys, der gleichsam eine Parodie der in vieler Hinsicht ähnlichen Weise erfolgten Ernennung von Jellačić war, scheiterte nur an dem Widerstand des Palatins István.<sup>5</sup>

Nach aussen hin, vor der Öffentlichkeit, geben die Konservativen – auch die Spitzenführer inbegriffen – einer nach dem anderen Loyalitäts-erklärungen ab, sowohl im Zentrum wie auch in den Komitaten und selbst in Siebenbürgen, das seit Jahren unter dem entscheidenden Einfluss der Konservativen stand. Warme Händedrucke erfolgen mit den Männern der Reformpartei, feierliche Erklärungen sind über das Beiseiteschieben der Parteigegensätze, die „ruhige Erfassung“ der neuen Ordnung der Dinge usw. zu hören. Dieses Verhalten der Konservativen vor den öffentlichen Foren der Politik brachte zum Grossteil ihre Überraschung, man könnte sagen ihre momentane Verwirrung, ihre Machtlosigkeit den raschen revolutionären Entwicklungen gegenüber zum Ausdruck. Zugleich ist es unschwer hinter den feierlichen Friedensschlüssen mit der Reformpartei ihren effektiven Schreck über die Bewegungen der Volksmassen, ihre Furcht von dem Ausbruch des Volkszorns zu erkennen; um diese zu bändigen trachteten sie die Kräfte bestmöglich zu koordinieren.

Unter anderem war in der Bezirkssitzung des ungarischen Landtag vom 22. März folgende Erklärung von Antal Babarczy zu hören: „... Ich werde das derzeitige Ministerium, so lange es im Interesse von Ordnung und Verfassung wirken wird, in seiner Funktion nicht nur nicht zu schwächen trachten, sondern im Gegenteil, da ich davon überzeugt bin, dass unter den gegebenen Umständen die Erhaltung von Ordnung und Frieden nur dadurch gewährleistet werden kann, wenn das Ministerium tätig und stark ist, halte ich es für meine unaufschiebbare Pflicht es mit meinem winzigen Talent zu kräftigen“.<sup>6</sup> Diese und ähnliche Erklärungen entsprachen jenen Nachrichten, die aus allen Teilen des Landes eingetroffen waren, wonach die lokalen Konservativen und Liberalen zwecks „Aufrechterhaltung von Ordnung und Frieden“ und Bändigung der Bauernunruhen miteinander fraternisierten.

Dies alles bedeutete jedoch nicht, dass die konservative Aristokratie – nachdem die Revolution siegreich war – ihre Waffen gestreckt hätte.

Namentlich die sofortige Einstellung der Urbarmalleistungen durch den Landtag empörte sie zutiefst. Schon am 22. März schreibt Lajos Kovács an Széchenyi: „Im Kasino beginnt der reaktionäre Geist zuzunehmen, die verletzte, zugrunde gerichtete Aristokratie beginnt offen zu lärmen, sie greift den Landtag und dessen rechtmässigkeit an, und wendet sich mit ihrem ganzen Hass gegen das Ministerium“. Dem Ministerium „steht die gestürzte Aristokratie mit ihrer vollen Wut gegenüber.“<sup>7</sup>

Die Führer der Aristokratie blieben auch nicht untätig, sondern sie setzten vielmehr alles daran um die Annulierung, beziehungsweise wesentliche Modifizierung der Beschlüsse des Landtags bezüglich der Urbarialleistungen zu erreichen. Hierauf weist auch das Telegramm des Palatins an Wien von 19. März, also nach Erbringung der Urbarialbeschlüsse: Der Herrscher möge die Verwirklichung dieser Beschlüsse verhindern, weil diese „die Aristokratie zugrunde richten“. <sup>8</sup> Der dem Generalstab der konservativen Partei angehörende Graf Antal Szécsen trachtet den Hof in dem Sinne zu informieren, dass vielerorts die Leibeigenen selbst eine völlige Abschaffung der Urbariallasten nicht gewünscht haben. <sup>9</sup> Baron Samu Jósika bestürmte förmlich in seiner Eigenschaft als Kanzler von Siebenbürgen den Gouverneur Siebenbürgens, den Grafen József Teleki mit seinen Anweisungen: man muss es verhindern, dass Siebenbürgen den Weg des Pressburger Landtags betrete. <sup>10</sup>

Es wurden aber darüber hinaus in obiger Richtung auch konkretere Schritte unternommen.

Graf Antal Szécsen erachtete wohl in seinem Offenen Brief an seine Gesinnungsgenossen „die sofortige Aufhebung der Urbarialverhältnisse“ nicht für richtig, qualifizierte sie aber für eine „vollendete Tatsache“ und mahnte diese alle „still anzuerkennen“. Der gleiche beeilte sich den Fürsten Pál Esterházy über den Beschluss des Landtags in bezug auf die sofortige Aufhebung der Urbarialpflichten in folgender Weise vertraulich zu verständigen: „... Dieser Beschluss ist keineswegs durch die Umstände motiviert, führt in nächster Folge ausser dem Ruin der Privaten, einen ungeheuren Verlust in der Materien-Produktion, an vielen Orten wahrscheinlich Hungersnot herbei... und verhindert endlich die Möglichkeit einer vernünftigen Entschädigungsart beim nächsten Landtag.“ Daher ersucht er Esterházy dringend, der Hof möge die sofortige Aufhebung der Urbarialpflichten nicht zulassen, sondern deren Termin zugleich mit der Entschädigung und deren Saktionierung erst bestimmen. <sup>11</sup>

„Das Gesetz über die Zehnen, Roboten etc. ist nur Spoliation des Adels... Die Entschädigung ist mir nur Hypothese, wer kann sie garantieren? Kann die jetzige Legislation für die künftige gut sein?“ So lautet ein, allen Anzeichen nach unmittelbar nach dem Landtagsbeschluss entstandenes Schreiben, der ähnlich dem obigen dem Zweck diene, dass der Herrscher den Gesetzantrag nicht sanktionieren möge, und dass sich auch die Komitate gegen diesen verwahren sollen. <sup>12</sup>

Es blieben jedoch Dokumente über weitergehende Pläne des konservativen Lagers erhalten, die schon geradezu den Charakter eines *konterrevolutionären Staatsstreichs* trugen. Es handelt sich allem Anschein nach um einen Entwurf von der Hand Emil Dessewffys, <sup>13</sup> der die *Annulierung* des ungefälligen Gesetzantrags und die *Auflösung* des Landtags selbst bezweckte. Zum Ausgangspunkt dieser Aktion wurde das Komitat Sopron, beziehungsweise die Versammlung dieses prägnant konservativen Komitats ausersehen, woraus man darauf schliessen kann, dass dem Erbobergespan des Komitats, dem Fürsten Pál Esterházy hierbei eine beträchtliche Rolle zugebracht war. Der Entwurf bezeichnet als konkrete Schritte folgendes:

„1. Adresse an Seine Majestät sofort; 2. Rundschreiben an die Komitate unverzüglich; 3. Anweisung an die Ablegaten per Eilpost.“ Nachher stellt er ausführlich dar: die Ständetafel hat ihr Machtbereich offensichtlich überschritten, sie setzt das Land einer Verwirrung, das gemeine Volk einer Unruhe aus, den Adel aber richtet sie völlig zugrunde.“ Daher muss der Beschluss annulliert, der Landtag selbst aber aufgelöst werden.<sup>14</sup>

Auf einen wie weiten Kreis sich das Auskochen dieser konterrevolutionären Aktion erstreckt hat und bis zu welchem Stadium sie gelang, ist uns – zumindest vorderhand – nicht bekannt. Ihre Ausbrüter prahlten sich weder damals, noch später damit. Ebenfalls aus der Natur der Sache folgt, dass über sie nicht viel schriftliche Überreste erhalten blieben. Auch in der Arbeit des ansonsten wohlinformierten Mihály Horváths finden wir keinen Hinweis auf sie, ebenso wie diese im Archiv der Familie Széchenyi verwahrten Schriften auch in die Arbeiten der Verfasser, die den Széchenyi'schen Nachlass studiert und veröffentlicht haben, nicht gelangt sind. Einen geringen Hinweis auf diese Aktion fand ich im Bericht des Wiener zaristischen Geschäftsträgers Fonton, der damals die Wiener russische Gesandtschaft leitete, den er am 21. März 1848 nach Sankt Petersburg sandte. Fonton berichtet dem zaristischen Kabinett folgendes: die ungarische Aristokratie hat die Absicht gegen die Abschaffung des Robot und die Einführung der Besteuerung zu kämpfen, die auch nach Ansicht des zaristischen Diplomaten „*sont pour les grands propriétaires une vraie spoliation*“.<sup>15</sup>

Die Durchdachtheit obigen Entwurfs, wie dieser gleichzeitig „von oben“ – seitens des Hofes – und „von unten“ – seitens der Komitate – den Landtag gleichsam in eine Beisszange klemmen wollte, sowie auch die fast wortwörtliche Übereinstimmung des gesteckten Ziels in den verschiedenen Entwürfen weisen auf eine zentral gelenkte Aktion hin, die jedoch allem Anschein nach noch im Zustand der Planung steckengeblieben ist. Hierbei spielte offenbar die Angst vor den Möglichkeiten eines Bürgerkriegs mit zweifelhaftem Ausgang eine Rolle. Eine nicht weniger grosse Rolle dürfte auch der Umstand gespielt haben, dass noch immer die Möglichkeit dessen bestand, dass der Wiener Hof, das heisst die Staatskonferenz die Beschlüsse des Landtags verwirft oder zumindest Wesentlich modifiziert, und zwar gerade im Interesse seines Verbündeten, des ungarischen Grossgrundbesitzes. Statt die zu kühnen und riskanten Pläne vom Charakter eines Staatsstreiches zu verwirklichen setzten die politischen Vertreter der Grossgrundbesitzer-Aristokratie, die ungarischen Konservativen ihre ganze Hoffnung auf das abweisende Verhalten der Wiener Regierungskreise, von ihnen erwarten sie die Abwehr der Gefahr. Ihre diesbezüglichen Hoffnungen hatten – wie wir wissen – eine ernste Grundlage.

Das ganze Bestreben der Wiener Staatskonferenz – die auch nach den Märzereignissen, zugleich mit dem vom Herrscher ernannten österreichischen Ministerium ihre Tätigkeit ruhig fortsetzte und in lebenswichtigen Fragen genau in den herkömmlichen Formen Beschlüsse fasste – war darauf ausgerichtet die alten Staatsverwaltungsorgane auch weiterhin zu

erhalten und dadurch die neuerrichteten ministeriellen Institutionen in ihrer Existenz mehr oder minder für scheinbar zu gestalten. In dem allen offenbarte sich die Absicht *Zeit zu gewinnen* und die seitens der Revolutionen zustandegebrachten Institutionen, als provisorische, in den Hintergrund zu drängen.<sup>16</sup> Der Schauplatz des Kampfes der ungarischen Konservativen um die Annullierung der Landtagsbeschlüsse, beziehungsweise um deren Modifizierung, verlagerte sich nach Wien; sie führten diesen durch den Landtagsausschuss der königlich ungarischen Kanzlei weiter, die völlig in ihrer Hand war. Dadurch, dass Apponyi sein Amt sofort nach dem am 14. März erfolgten Sturz Metternichs zurückgelegt hat, fühlten sie sich keineswegs niedergeschlagen. Sie spielten eine bedeutende Rolle darin, dass die Staatskonferenz in dem seitens des ungarischen Landtags gefassten Beschluss hinsichtlich der Urbarmachungsfrage und der Frage des ungarischen verantwortlichen Ministeriums eine teils verzögernde, teils abweisende Entscheidung traf.<sup>17</sup> Die Begutachtungen des Landtagsausschusses der ungarischen Kanzlei waren im Grunde genommen synchron mit dem tatsächlichen, offenen oder geheimen Standpunkt der ungarischen Konservativen.

In den ersten, entscheidend wichtigen Wochen der Revolution kam dem siebenbürgischen Kanzler Baron Samu Jósika eine besonders bedeutende Rolle zu, er blieb bis zur Proklamation der Union mit Siebenbürgen durch den Hof an seinem Platz. Nicht umsonst löste diese Tatsache bei Metternich grosse Befriedigung aus. „Sagen sie Jósika, dass er Recht daran getan hat zu bleiben“, das war seine Abschiedsbotschaft im März 1848, als er vor der Revolution flüchtete, und der auch darauf bedacht war in dieser für ihn so kritischen Lage Baron Sámuel Jósika und Graf György Apponyi seiner ewigen Freundschaft zu versichern,<sup>18</sup> und beide, als unerschütterliche Anhänger der Dynastie seinem Nachfolger, dem Grafen Ficquelmont wärmstens zu empfehlen.<sup>19</sup> Er hatte auch keinen Grund sich zu täuschen. Die Koryphäen der ungarischen konservativen Partei – die übrigens mit ihm auch in seinem Exil die Verbindung aufrechterhielten – waren in der folgenden Zeit überall, wo es sich um die Vereitelung der Revolution oder um die Mobilisierung der Kräfte der feudalen und absolutistischen Reaktion handelte, zugegen.

In den ersten Wochen der Revolution glitt die Führung des konservativen Lagers von Apponyi, der sich krankheitshalber zurückgezogen hatte, in die Hände Jósikas; er wurde zum Mittelpunkt des Widerstandes.<sup>20</sup> Mihály Horváth, der der revolutionsfeindlichen Tätigkeit Jósikas eine besondere Aufmerksamkeit widmet, schreibt hierüber folgendes: „Seitdem Apponyi von der Grosskanzlerschaft abgedankt hat, gelangte die Erledigung der ungarischen Angelegenheiten in die Hände des Vizekanzlers Szögyény... Einige Herren hingegen, namentlich Graf Emil Dessewffy, Wirkner und andere erwarteten inmitten dieser schwierigen Verhältnisse vom energischen Samu Jósika mehr als vom biegsameren Szögyény, und wollten, obwohl der erstere – als Kanzler von Siebenbürgen – keinen unmittelbaren Einfluss auf die ungarischen Angelegenheiten hatte, die Lenkung dieser in seine Hände überspielen... Bei Jósika wurden



zwecks Erreichung dieses Ziels *mehrere Konferenzen* abgehalten, die zwar zu keinem vollen Erfolg führten, aber immerhin... einen bedeutenden Einfluss auf den Ausgang der ungarischen Angelegenheiten hatten.“<sup>21</sup>

Mihály Horváth erörtert das Verhalten Jósikas so, dass er die Wünsche des ungarischen Landtages „mit grosser Energie missbilligte“,<sup>22</sup> „an dem Anlauf der Reaktion grossen Anteil hatte“.<sup>23</sup> Ebenfalls er berichtet über jene Meinung der Zeitgenossen, wonach Jósika dem Hof schon gegen die ersten Schritte der Revolution einen bewaffneten Widerstand beantragt hätte. „Wie aus einigen besser informierten Kreisen Wiens verlautete... hätte Br. Sámuel Jósika schon damals beantragt, dass statt dass die Wünsche des ungarischen Landtags voll erfüllt werden: dem König eher zu raten wäre, er möge sich dem Schutz mit den Ungarn auch ansonsten seit langem streitenden Kroaten und Slowaken, sowie des im Lande befindlichen Militärs anvertrauen, das durch Abberufung von den Grenzen und aus Siebenbürgen unschwer vermehrt werden könnte.“<sup>24</sup> Seine zusammenfassende Meinung über Jósika ist: „er war der entschlossenste und der aktivste Vorkämpfer der Reaktion.“<sup>25</sup>

Dieser nur zu sehr begründeten Meinung Mihály Horváths widersetzte sich später Árpád Károlyi. Seiner Meinung nach „so unbiegsam altkonservativ auch Jósika gewesen sein mochte, verdient... er die Anschuldigungen Mihály Horváths nicht.“<sup>26</sup> Demgegenüber bieten nicht zuletzt die durch Károlyi gesammelten Daten über die seitens des Hofes erfolgte Beurteilung der Pressburger Gesetzartikel ein vielseitiges Bild dessen, dass der Landtagsausschuss der Wiener ungarischen Kanzlei und der an diesem wohl *unbefugt* teilnehmende Jósika einen unmittelbaren Einfluss auf die in der Wiener Staatskonferenz erfolgte Besprechung der Pressburger Landtagsbeschlüsse ausübten, und dass dieser Einfluss im überwiegenden Teil der Fälle abweisend war.

Das wusste man auch in Pressburg. Kossuth brandmarkte mit leidenschaftlichen Worten „die in Wien gespielten Intrigen“. Er verwahrte sich dagegen, dass in der Staatskonferenz anstelle des zuständigen ungarischen Ministers (Graf Lajos Batthyány) Unbefugte, unter diesen Baron Samu Jósika Gehör finden. Er stellte in Aussicht, dass wenn es nicht gelingen würde die aufschiebende königliche Antwort zu ändern, „dann mögen die sich selbst prüfen, die diese Dinge verursacht haben, und ich will Apponyi, Jósika, Wirkner des Landesverrates beschuldigt proskribieren lassen“. (Nach diesen Worten „entfachten sich über die genannten Namen die Flüche der Zuhörerschaft.“<sup>27</sup> Über die sich in Wien aufhaltenden „Schuldigen“ und ihren grossen Einfluss sprach auch László Madarász. „Wir boten Begünstigungen und Gnaden den Bürokraten, wir schlossen sie in unsere Arme, und nun ist dies ihr Dank.“<sup>28</sup> Im Zusammenhang mit den sowohl in der Urbarmachungsfrage wie auch auf den ministeriellen Gesetzantrag gegebenen, nicht zufriedenstellenden königlichen Antworten wies diese der Landtag zurück, und gab seiner Hoffnung Ausdruck, „dass solche Persönlichkeiten, deren Berechtigung und Befugnis dazu, dass sie über das Schicksal des Landes verfügen, nicht anerkannt wird, über den königlichen Willen nicht siegen werden.“<sup>29</sup>

Besondere Aufmerksamkeit verdient die Rolle Jósikas und Apponyis an der Ernennung von Jellačić zum Banus von Kroatien.

Die Geschichte der Ernennung Jellačić', ist uns — obwohl diese streng geheim, hinter dem Rücken Batthyánys, in einer von dem üblichen Verfahren scharf abweichenden Art und Weise erfolgt ist — aufgrund der Aufzeichnungen von zeitgenössischen Mitwirkenden zur Genüge bekannt.

Lajos Wirkner schreibt in seinen Memoiren über die Vorgeschichte der fatalen Ernennung: „Den 15. [März] zeitlich Früh suchte ich meinen intimsten Freund, den siebenbürgischen Hofkanzler, in seinem Palais auf, der mit ausserordentlichen Talenten die grösste Energie verband und besprach mich mit demselben über die letzten Ereignisse in Pressburg. . . Wir beschlossen, den Erzherzog Ludwig die unverzügliche Besetzung der Würde eines Banus von Kroatien, die vakant war, anzurathen. Der Erzherzog der allsogleichen Vollziehung dieser Massregel anstandslos seine Zustimmung“. <sup>30</sup> Hernach teilt Wirkner mit, dass die Person Jellačić'selbst der Staatsminister Kulmer in Vorschlag gebracht hat. <sup>31</sup>

Auf diesem letzteren Umstand basiert Árpád Károlyi seine Meinung, dass speziell wegen der Ernennung Jellačić' Jósika und seine Konsorten keine Verantwortung belastet, da diese ihn persönlich nicht gekannt haben, in seine Ernennung rissen eigentlich Kolowrat und seine Umgebung, mit ungarfeindlicher Absicht, sie gleichsam hinein. <sup>32</sup>

Unseres Erachtens widerspricht den Feststellungen von Árpád Károlyi der konkrete Vorschlag Jósikas selbst, sowie die Begründung des Vorschlags, die uns aus den Memoiren von Szögyény — der Augenzeuge war — bekannt sind. Letzterer erzählt, dass die geheime Beratung in ganz engem Kreis, die bei Erzherzog Franz Karl am 21. März abgehalten wurde, Erzherzog Ludwig mit den Worten eröffnete, dass Baron Jósika einen wichtigen Antrag zu stellen wünscht. Den Wortlaut des Antrags Jósikas rekonstruiert Szögyény „ungefähr“ wie folgt: „Die Monarchie ist erschüttert; in fast sämtlichen Teilen derselben sind revolutionäre Bewegungen ausgebrochen. Kroatien und Siebenbürgen sind noch ruhig. Es ist wesentlich, dass die Ruhe dort nicht gestört werde, und dass die dortigen, dem Herrscherhaus treue Elemente rechtzeitig und entsprechend *eingesetzt werden*. Solche sind in Siebenbürgen die Székler, in Kroatien die aus dem Grenzgebiet. Für die ersteren kann ich einstweilen garantieren, die letzteren bedürfen eines geeigneten Führers, der imstande wäre — als ihrer Nationalität angehörend — ihre Treue, militärische Organisation und *ihr gekränktes Nationalgefühl im Interesse des Throns* auszunutzen. Als ein solcher wurde mir Barou Jellasics genannt, der sehr energisch, dem Herrscherhaus unerschütterlich treu, selbst Kroat ist und sich im Kreise seiner Landsleute grosser Popularität erfreut. Ich beantrage, dass Seine Majestät in die Würde des Banus, die infolge der Demission des Grafen Haller vakant wurde, den Obersten Joseph Baron Jellačić gnädigst zu ernennen geruhe.“ <sup>33</sup>

Kennzeichnend ist, dass selbst der im höchsten Mass loyale Szögyény Bedenken hatte, nicht allein im Zusammenhang mit der ungewöhnlichen Art und Weise der Ernennung, sondern auch damit, dass es der bisherigen

Praxis widersprach in die Würde des Banus eine Person kroatischer Nationalität zu ernennen.

Es ist uns daher undenkbar Mihály Horváth nicht zuzustimmen, es ist nicht möglich, dass Jósika mit der extrem kroatisch-nationalistischen Einstellung Jellasics' und den politischen Zielen seiner Ernennung nicht im klaren gewesen wäre. „Jósika kannte wohl den Obersten mit illyrischem Geist persönlich nicht, doch war es unmöglich ihn seines Rufes nach nicht zu kennen...“ — schreibt er — „Jósika zielte daher mit seinem Antrag auf nicht weniger ab, als das mit Hilfe der unter der Führung Jellasics' zu bewaffnenden Kroaten alle jene Zugeständnisse, die im königlichen Handschreiben vom 17. März enthalten sind, zurückgenommen werden. Dieser Schuld könnte man ihn auch in dem Fall nicht lossprechen, wenn er in die Geheimnisse der Pläne der Reaktion nicht völlig eingeweiht war... Jósika war jedoch im vollen Bewusstsein der geschmiedeten Pläne... Der Richterstuhl der Geschichte kann in klarer Kenntnis des Tatbestandes über ihn mit aller Härte sein verdammendes Urteil fällen...“<sup>34</sup>

Über das Wesen des Antrags Jósikas besteht wahrhaftig kein Zweifel: in Ausnutzung der ungarisch-Kroatischen Gegensätze die Kroaten zum Mittel der Konterrevolution zu machen. Diese Zielsetzung wurde durch die Ernennung Jellačić' und keines anderen noch offensichtlicher, der Plan selbst war aber nicht allein Jósikas persönliches Werk. Die Aufhetzung der Nationalitäten gegen die ungarische Revolution bildete gleichsam das Rückgrat der konterrevolutionären Pläne des konservativen Lagers, wie dies zahlreiche zeitgenössische Dokumente bestätigen.

Im übrigen kam in der mit grösster Eile und strenger Geheimhaltung vorbereiteten Ernennung Jellačić' auch György Apponyi eine unmittelbare Rolle zu. Als er zwecks Sicherung seines Einverständnisses auf allerhöchste Verfügung gesucht wurde, trat der bereits am 18. März demissionierte ungarische Kanzler aus seiner „vollkommenen Zurückgezogenheit“ heraus und gab seinem völligen Einverständnis mit der Angelegenheit Ausdruck. Seine Zustimmung zur Ernennung Jellasics' zum Banus von Kroatien und zugleich zum Generalmajor und geheimen Rat bringt er den zuständigen Stellen mit dem Vermerk „höchst dringend“ zur Kenntnis.<sup>35</sup> So erschien am 23. März das königliche Handschreiben über die Ernennung Jellačić' mit Gegenzeichnung Szögyénys, als ungarischen Vizekanzlers.<sup>36</sup>

In der mit reinen Kamarillamethoden, gleichsam verschwörungsartig zustandegekommenen Ernennung Jellačić', die so verhängnisvolle Folgen hatte, spielten auf diese die ungarischen führenden höfischen Persönlichkeiten eine ganz eigenartige, entscheidend grosse Rolle. „Jósika sowie Apponyi waren der Meinung, dass nur Kroatien imstande wäre die ungarische Revolution im Keime zu ersticken,“ — vermerkt zu dieser Zeit Baron János Petrichevich-Horváth, dessen Tagebuch als Zeitdokument nicht ausser acht gelassen werden kann, indem er zu jener Zeit Kommandant der Wiener ungarische Hofleibgarde, Jósikas Schwager und als solcher anerkannt Kenner vieler vertraulicher und streng vertraulicher Tatsachen war.<sup>37</sup>



Die Unermüdlichkeit des ausserordentlich agilen Jósika auf dem Gebiete der revolutionsfeindlichen Wirksamkeit beweisen auch die aus jener Zeit stammenden, seither an die Öffentlichkeit gelangten Briefe, die Siebenbürgen betreffen.<sup>38</sup> Diese Briefe sind in der Mehrzahl politische Anweisungen, die er dem Gouverneur von Siebenbürgen Graf József Teleki sandte. Diese sind von zwei grundlegenden Gedanken durchdrungen. Der eine: die Union Ungarns mit Siebenbürgen, das heisst ein Übergreifen der ungarischen Revolution auf Siebenbürgen zu verhindern. Der andere: Siebenbürgen zur konterrevolutionären Basis gegenüber Ungarn zu machen.

Jósika erwies sich als ein Meister der revolutionsfeindlichen Massnahmen, Intrigen, Taktiken und Vernebelungen von unerschöpflicher Energie im Interesse dessen, um die Siebenbürger von der Befolgung des revolutionären Beispiels Ungarns und namentlich von der Union zurückzuhalten. „Was sich jetzt in Ungarn zuträgt – unter einem überwiegend fremdsprachigen Bauernvolk von anderthalb Millionen – setzt das Leben und Gut des Adels dem Spiel des entsetzlichsten Schicksals aus. Dies muss vor allem, mit aller Kraft, Schulter an Schulter vertrieben werden“ alarmiert er bereits am 16. März den Gouverneur von Siebenbürgen, Graf József Teleki.<sup>39</sup> Den Beschluss des ungarischen Landtags bezüglich Aufhebung des Urbarmachungswesens bewerte er so, dass „der ungarische Adel durch einige Zeilen zunichte gemacht wurde. . . nicht nur die Verfassung wurde aufgewühlt, sondern der Grundstein zum Verderb der ungarischen Elemente wurde gelegt. . . Nun herrscht in Ungarn eine vollkommene Anarchie. Wird wohl Siebenbürgen diesem Beispiel folgen wollen?“ Er bezweifelt die Entschädigung des Adels: „denn wer wird dies durchführen?“ In Ungarn wütet die Diktatur der Linken usw. usw. Jósika macht kein Geheimnis aus seiner Überzeugung, dass der Herrscher die im ungarischen Landtag gerassten Beschlüsse *nicht sanktionieren kann*.<sup>40</sup>

Jósika setzt Teleki schon damals in Aussicht: „Wie es aus Kroatien verlautet, weist die illyrische Partei dies alles vernehmend den ungarischen Einfluss laut zurück. . . Die Sachsen und Rumänen wird weder das ungarische verantwortliche Ministerium, noch der Name Kossuths zur Ruhe zwingen können.“<sup>41</sup>

In den häufigen, einander fast Tag für Tag folgenden Briefen instruiert Jósika den siebenbürgischen Gouverneur mit besonderer Energie in der Hinsicht, dass er für eine entsprechende militärische Stärke zwecks Aufrechterhaltung des Status quo sorgen soll. Er unternimmt im Interesse dessen alles, er wendet sich an den Obersten Kriegsrat, schreibt dem Militärkommandanten von Siebenbürgen Puchner, sorgt dafür, dass das gesamte siebenbürgische Militär an seiner Stelle belassen werde, ja was mehr dass auch die Grenzverbände „bewegt werden“. „Heute geht wieder ein Befehl an Puchner – heisst es im Brief vom 1. April –, dass er das Militär an den Grenzen bewegen soll. . . Demonstrationen imponieren nirgends so wie bei uns, dem Adel genauso wie den Bauern. . . Halte die Leute, wenn auch nur kurze Zeit, hierfür aber macht nichts einen solchen Eindruck wie die militärischen Bewegungen.“<sup>42</sup>

### *Das Verhalten der Konservativen im Landtag*

Die Lage und die grundlegende Einstellung der Grossgrundbesitzer-Aristokratie und ihrer Partei nach dem Sieg der Revolution charakterisiert treffend der Zeitgenosse Mihály Horváth. „Die Märzereignisse erschütterten die Partei des Hochadels... durch die Abschaffung der Patrimonialbehörde, des Zehnts und des Robots wurden sie aus den Herren des Volkes einfache Grossgrundbesitzer... Die Besteuerung, der Militärdienst wurde auch auf sie ausgestreckt; ihr gesetzgebender Einfluss aber wurde infolge Einführung der Volksvertretung erheblich verringert. Sie verloren nicht allein ihr Vetorecht, von dem sie früher so hartnäckig und so häufig gegen die Interessen der Nation gebrauch machten, sondern auch die Obertafel selbst, deren Mitglieder sie kraft ihrer Geburt alle waren, blieb in ihrer früheren Form nur darum erhalten, weil die Vertreter der Nation noch keine Zeit hatten sich mit deren Regelung zu beschäftigen... Diese Verluste vermochte der Grossteil des Hochadels nicht zu vergessen.“<sup>43</sup> Die zusammenfassende Meinung Mihály Horváths lautet folgendermassen: „Der ungarische Hochadel lebte im allgemeinen mit viel weniger Nationalgefühl und selbstloser Vaterlandsliebe als dies bei dieser Klasse in anderen Ländern üblich ist.“<sup>44</sup>

Die in der Obertafel die Mehrheit bildenden Konservativen nahmen den Kampf in den Landtagssitzungen gelegentlich der Verhandlungen über grundlegend wichtige Fragen — Aufhebung des Urbarmesswesens, Bildung eines verantwortlichen ungarischen Ministreiums usw. — offen nicht auf, da sie dies in Relation des Landtags für völlig aussichtslos erachteten. Die Annullierung dieser Beschlüsse, beziehungsweise deren Modifizierung konnten sie von den Wiener allerhöchsten Hof — und Regierungsfaktoren erwarten, und erwarteten sie auch. Wie sich Graf Antal Szécsen, der in der Obertafel die Diskussionsreden der konservativen Mehrheit lenkte, sozusagen deren „Dirigent“ war, ausgedrückt hat: „Ich denke, dass wir bei dem derzeitigen Stand der Verhältnisse von einer überflüssigen Bearbeitung der Fragen absehen müssen, einerseits, andererseits aber müssen wir uns vor einer sofortigen Aufgabe der Fragen hüten.“<sup>45</sup>

Die in der Obertafel die Majorität bildenden konservativen Magnaten brachten ihre rückziehende, ober — wie sie es nannten — „mässigende“ Rolle zur Geltung und leisteten Widerstand in allen solchen Fällen, wo dieser einen Erfolg versprach. So kam auf dem Gebiet der konkreten Rechtsausweitungen — Pressefreiheit, Wahlerecht, Aufstellung einer Nationalgarde usw. — die Besorgnis um ihre privilegierte Lage, ihre Furcht vor den Volksmassen unverhohlen zum Ausdruck.

Sie trachteten eine Verschärfung des seitens der Untertafel verabschiedeten, wegen seiner Engherzigkeit berüchtigten Pressegesetz-Entwurfs zu erreichen. Einer nach dem anderen stellten sie ihre Anträge teils um eine tatsächliche Erhöhung der Höchststrafe für Verletzung des Pressegesetzes, teils um Ausdehnung der vom Pressegesetz bestimmten Sanktionen auf einen tunlichst weiten Kreis. „Wenn wir auch nicht annehmen können, dass

vermögende Menschen dem Staatswesen gegenüber aufwiegeln lassen, sondern dass dies solche tun, die kaum etwas zu verlieren haben, könnte man zumindest dafür sorgen, dass die Kerkerstrafe solcher unbemittelter Aufwiegler erhöht werde“, — erklärte vom Beifall der konservativen Partei begleitet Baron Antal Majthényi.<sup>46</sup>

Die Ausdehnung des Pressegesetzes auf die im Ausland erschienenen Bücher und Schriften und die gleichzeitige Verantwortlichmachung der Buchhändler für dessen Einhaltung beantragte Graf János Waldstein. Graf Ödön Zichy wollte die Verantwortung sogar auf die Post ausdehnen. Graf Antal Szécsen gab seiner Angst davor Ausdruck, dass die im Ausland erscheinenden Presseprodukte, „die unteren Volksklassen aufwiegeln könnten“. Die liberalen Magnaten: Graf László Teleki, Baron József Eötvös und selbst der Ministerpräsident Graf Lajos Batthyány — letzterer ergriff wiederholt das Wort — musste sich dafür einsetzen, dass die ursprüngliche Struktur des Gesetzantrags in dieser Weise nicht geändert werde, und warnten nachdrücklich vor einer Rückkehr zur Präventivzensur absolutistischen Charakters.<sup>48</sup>

Schon gelegentlich der Erörterung eines in königliche Freistädten einzuführenden Munizipalwahlrechts exponierten sich die konservativen Magnaten der Reihe nach für eine Erhöhung des Zensus, und zwar in einem solchen Ausmass, dass sich Baron József Eötvös — im Zusammenhang mit einem diesbezüglichen Antrag Szécsens — veranlasst fühlte das Wort zu ergreifen: wenn dies angenommen würde „könnte man vielerorts kaum jemanden finden, der diesen Qualifikationen entspricht.“<sup>49</sup> Namentlich in Pest erachteten es die Konservativen für notwendig das Munizipalwahlrecht je enger zu bemessen, und spekulierten schon auf zukünftige weitere Einschränkungen.<sup>50</sup>

Wenige Tage später kam es bei den Magnaten zur Erörterung des Antrags der Untertafel, „über die Wahl der Landtagsabgeordneten aufgrund der Volksvertretung.“ Diese reagierten vor allem in dem Sinn, dass das Wahlrecht — im Gegensatz zum Entwurf der Untertafel — den 1/4 Grundbauern nicht zugesprochen werde, nur den 1/2 Grundbauern. Die Begründung war äusserst lehrreich. Graf György Andrássy legte sie am eingehendsten aus. „Wenn wir das Land prüfen, können wir feststellen, dass die 1/4 Teilgrundbauern zumeist in rumänischen und slowakischen Ortschaften zu finden sind, ausserdem auch dass der 1/4 Grundbauer jenem, der gar nichts besitzt, sehr nahe steht, und dem zufolge halte ich es weder aus nationalen noch anderen Rücksichten für richtig den 1/4 Grundbauern mit dem Wahlrecht auszustatten.“<sup>51</sup> Für eine Einschränkung des Wahlrechts in diesem Sinn sprachen sich auch Graf József Pálffy, Graf Antal Szécsen, Graf János Cziráky, József Ürményi, Graf Henrik Zichy, Graf Ödön Zichy, Graf János Barkóczy und andere aus, sämtliche waren prominente Vertreter des Konservativen Flügels.<sup>52</sup>

Beschränkender Natur waren auch die weiteren Anträge, indem sie das Wahlrecht aufgrund der Volksvertretung für „zu ausgedehnt“ hielten. „Nirgends auf der Welt gibt es ein Beispiel dafür — erklärte empört Graf János Barkóczy —, dass ein Volk ein solches Wahlsystem improvisiert hätte, wie

das, welches die Stände uns unterbreiten.“<sup>53</sup> In origineller Weise begründete es Szécsen, warum er es nicht für erwünscht hält, dass die Honoratioren ohne weiteres das Wahlrecht erhalten. „Weil einer Chirurg oder Ingenieur ist, kann er in politischen Dingen keineswegs für intelligent angesehen werden... Ich halte es daher nicht für richtig, dass wenn andere Bürger von der Ausübung des politischen Rechts ausgeschlossen sind, ein Doktor oder Chirurg, der sich mit politischen Dingen bisher überhaupt nicht beschäftigt hat, mit der Ausübung politischer Rechte ausgestattet werde, und somit halte ich diese Massnahme für nichts anderes, als die Errichtung eines neuen Privilegs.“<sup>54</sup>

Diese ominöse Auffassung war die Folge jener grossen Antipathie und des Misstrauens, das die konservative Aristokratie im allgemeinen der überwiegend besitzlosen Intelligenz – oder wie sie sie mit Vorliebe nannten – dem „Gehrockproletariat“ gegenüber empfunden haben.

Den Antrag bezüglich der Aufstellung einer Nationalgarde nahmen die Konservativen schon in der Untertafel unter Feuer. Alajos Babarczy, der Spitzenredner der Konservativen begründete seine missbilligende Meinung in dieser Frage folgendermassen: „Wer kann dafür haften, dass in den gegenwärtigen bewegten Zeiten unter uns keine Person zu finden sein wird oder keine Emissäre kommen werden, die hier kommunistische Ideen verbreiten – und wenn dies geschieht, werden es wohl die würdigen Stände für ratsam erachten Waffen in die Hände solcher zu geben, die infolge ihrer nur zu minimalen Vermögensqualifizierung zum Eindringen kommunistischer Ideen besonders neigen.“<sup>55</sup> Kossuth musste die Abgeordneten darauf aufmerksam machen, dass sich die Nationalgarde an vielen Orten bereits tatsächlich organisiert und es würde kaum einer dazu genügende Kraft aufbringen um „die Waffe aus der Hand des Volkes zu nehmen... weil das Volk diese nicht aus seiner Hand gibt.“<sup>56</sup> Dénes Pázmándy trachtete die wegen der Nationalgarde beunruhigten Abgeordneten charakteristischweise damit zu beruhigen: „Wenn die Landwehr nicht organisiert wird, könnte die Aristokratie auch ohne jede Waffe leicht vom Proletariat angegriffen werden.“<sup>57</sup>

Das waren aber erst Vorgeplänkel. Wenn es die Kräfteverhältnisse gestattet hätten, hätte die konservative Mehrheit der Obertafel den Gesetzantrag über die Aufstellung der Nationalgarde am liebsten von der Tagesordnung genommen. Nur unter dem Druck der zwingenden Umstände – worauf sie die Anhänger der Reformpartei wiederholt aufmerksam gemacht haben – befassten sie sich mit der Frage, wobei sie diese einer ausserordentlich scharfen Kritik unterzogen. Gelegentlich der Debatte der Gesetzesvorlage in der Magnatentafel erschien der Grossteil des Generalstabs der konservativen Partei. Einige wollten das Amt des Nationalgardisten mit dem Wahlzensus zu verbinden, andere wieder wollten der Nationalgarde als Körperschaft den Charakter des feudalen Banderiums geben unter der Leitung der Obergespanne usw. Alle ihre Anträge zielten darauf hin, die Institution der Nationalgarde ihres Volks- und Revolutionscharakters möglichst zu berauben; ihre derartigen Anstrengungen blieben auch nicht ohne jedem Erfolg.

Im Laufe der Debatte erklärte József Ürményi: „All das was uns teuer ist, sowohl die Sicherung unseres Gutes wie auch die unseres Lebens, hängt von der Art der Anwendung dieses Gesetzantrags ab.“ In die Nationalgarde dürften seines Erachtens nur solche aufgenommen werden, „die tunlichst viel zu verlieren haben. . . Knechte und Gesinde. . . gehören nicht zu jener Klasse des Volkes, der ich den Schutz des Vaterlandes eminent anvertrauen möchte.“<sup>58</sup> Ürményi wurde von Graf Móric Pálffy, Graf Antal Szécsen und Graf György Andrassy unterstützt.<sup>59</sup>

Die Obertafel nahm den Antrag des Grafen János Cziráky an: „Jenen die unter der Gewalt eines Brotherren stehen, sollen in die nationale Garde nicht aufgenommen werden.“<sup>60</sup> Genauso, wie sich die Auffassung durch die ganze Beratung zog, dass „in der nationalen Garde keine Proletarier sein sollen“ (Graf László Teleki).<sup>61</sup> Die Magnatentafel machte sich auch den Antrag des Grafen Antal Szécsen zueigen, wonach „die nationale Garde als Körperschaft, bewaffnet zu beraten und Beschlüsse zu fassen nicht dürfe.“<sup>62</sup> Diese beiden Beschlüsse der Obertafel akzeptierte auch die Untertafel,<sup>63</sup> was der Erhöhung der Qualifikation zur Aufnahme in die Nationalgarde von grundsätzlicher Bedeutung gleichkam und auf die Beraubung der Nationalgarde ihres revolutionären Charakters abzielte.

Árpád Károlyi bemerkt treffend: „Von den 48er Gesetzartikeln legte den Weg von Pressburg nach Wien, vom Ständehaus bis zum königlichen Hof keiner in einer so langen Zeit zurück, wie der Gesetzartikel 22 über die Nationalgarde.“<sup>64</sup> Der Landtagsausschuss der Wiener ungarischen Hofkanzlei übertraf im „Aufschrauben der Qualifikation“ selbst die im Landtag Platz nehmenden Konservativen, indem er beantragte, dass entgegen des Beschlusses des ungarischen Landtags statt dem seitens des Landtags angenommenen 200. — Gulden Immobilien bzw. ein Jahreseinkommen von 100. — Gulden die untere Grenze dessen, dass jemand Mitglied der Nationalgarde sein könne, das *Doppelte* dieser Beträge sei.<sup>65</sup> Auch die Staatskonferenz hatte ihre Vorbehalte, aber schliesslich wurde das Gesetz ohne Änderung sanktioniert.

Die Ständetafel übersandte den Magnaten am 29. März 1848 ihren abweisenden Beschluss auf die nicht zufriedenstellende königliche Antwort in bezug auf den Gesetzentwurf über die Aufhebung des Urbarialwesens, sowie das verantwortliche unga-rische Ministerium. Seitens der konservativen Magnaten versuchte man in diesem Fall, dass die Obertafel in diesen Fragen keine Stellung nehme und nehme den Beschluss der Untertafel ohne Meinungsäusserung zur Kenntnis. In diesem Sinn sprachen Graf Ödön Zichy Graf Károly Zichy und Graf János Cziráky. Auch diesmal war die Intervention der linken Seite des Magnatenhauses (Graf Kázmér Batthyány) dazu erforderlich, dass es die in beiden Fällen den abweisenden Beschluss der Untertafel auf die königliche Antwort sich zueigen mache, unter besonderer Betonung dessen, dass in der Frage des Urbarialwesens offensichtlich „kein Zurücktreten möglich ist“.<sup>66</sup>

Nicht weniger zurückziehend war die Rolle der konservativen Majorität der Magnatentafel hinsichtlich Verhinderung des Durchdringens der bürgerlichliberalen Ideen auf kulturellem Gebiet. Die konservativen



Magnaten missbilligten die Universitätsreform, namentlich die Eklärung des Prinzips der Lehr — freiheit. Sie richteten einen konzentrierten Angriff gegen die Verabschiedung des Gesetzartikels XX vom Jahre 1848 über die Gleichheit und Gegenseitigkeit der rezipierten Konfessionen. Sie brachten den Gesetzantrag über die Einführung des obligaten, kostenlosen Elementarschulunterrichts zu Fall.<sup>67</sup>

Im allgemeinen war es den konservativen Magnaten nicht fremd den Wirkungskreis des verantwortlichen ungarischen Ministeriums einzuengen, teils dadurch, dass sie die Unantastbarkeit der königlichen Hoheitsrechte betonten, teils damit, dass man die Rechte des Landtags in der Verantwortlichmachung der Regierung häufig auf eine unbegründet breite Grundlage setzen will. Jedenfalls hemmte eine Verschärfung der Auseinandersetzungen, einen heftigeren Zusammenstoss der Fronten die ausgesprochene oder stillschweigende Erkenntnis dessen, dass Einwände der Obertafel grösseren Umfangs in der gegebenen Lage seitens der Untertafel bestimmt nicht akzeptiert würden.

Aber auch andere Umstände wirkten in diese Richtung. Ein derartiger Umstand war die hochgradige Unsicherheit der konservativen Aristokratie in diesen Zeiten. Diese Ungewissheit wurde dadurch noch gesteigert, dass sie überhaupt nicht wussten, wie sich die Rechtsstellung der Oberen Kammer zukünftig gestalten wird. Zweifellos lag der Schwerpunkt der Ereignisse weinger auf der Obertafel als je zuvor. Diese Sitzungen der Obertafel waren von der Furcht vor der Unterkammer, Furcht vor der allgemeinen revolutionären Stimmung des Landes gekennzeichnet. Und von der Hoffnung, dass dies alles nur ein Provisorium sei, dass man Zeit gewinnen müsse. Eine Folge dessen war, dass die Obertafel häufig versuchte die Fragen zu vertagen.

#### *Die konservative Presse*

Der Ton der konservativen Zeitungen — erst der des Budapesti Híradó (Budapest Bote), dann der des Figyelmező (Beobachter) — widerspiegelte getreu die Wellenbewegung der revolutionären Ereignisse. Loyal, ja hyperloyal war sie dem Ministerium gegenüber, wenn es den Anschein hatte, dass der Sieg der Revolution unerschütterlich ist. Ihre entgegengesetzte Meinung verschwiegen sie zu diesen Zeiten — das war ihre Taktik in der Mehrzahl der Fälle — oder formulierten die in scheeler, heuchlerischer Weise, offenbar um ihren Anhängern schlecht oder recht Mut einzuflössen. Nur wenn wir berücksichtigen, welche entschlossene feindliche Tätigkeit die Konservativen Führer entgegen der nationalen Umgestaltung hinter den Kulissen ausgeübt haben, können wir das zutiefst heuchlerische Verhalten ihres Blattes zu dieser Zeit richtig ermassen.

In den Märztagen erachtete es das Blatt Budapesti Híradó für nötig zu betonen, dass es nicht mehr das alte sei und bekannte sich zu den „neuen Institutionen“. „Die versprochenen neuen Institutionen halten wir für grosse Errungenschaften, deren Bewahrung von der Nation eine grosse geistige Kraftanstrengung erfordert“ — schrieb der Schriftleiter des Blattes Károly Vida.<sup>68</sup> Das Blatt der Konservativen verkündete ein „neues

Programm“. „Die grossartige Entwicklung der Weltereignisse überflutet unaufhaltbar die geographischen Grenzen... Die Reform ist erkämpft! Wir begrüßen sie mit voller ungarischer Aufrichtigkeit... Wir haben die Pressefreiheit! Wir begrüßen sie mit freudiger Begeisterung... Wir haben ein *verantwortliches Ministerium*! Wir begrüßen diese verfassungsmässige Entwicklung... Wir haben eine *Nationalgarde*! Deren müssen wir uns freuen... Über dies alles ist die Meinung in diesem ruhmreichen Vaterland *einmütig*.“<sup>69</sup> Es verkündet die Auflösung der Parteien. Selbst mit der revolutionären Hauptstadt Pest erklärt es sich solidarisch. „In unserer Hauptstadt gibt es nunmehr nur eine einzige Partei, die Partei der Brüderlichkeit, auch die konservative „Gyölde“ und der Oppositionszirkel reichten einander die Hände.“<sup>70</sup>

Die Politik der Konservativen ist zu dieser Zeit ein vorsichtiges Überstehen der revolutionären Ereignisse, sofern und so lange diese unabwendbar sind. Ihr Verhalten entsprach im Grunde genommen der Zuwartungspolitik des Wiener Hofes und ihrem krampfhaften Bestreben sich auch unter den geänderten Verhältnisse auf der Oberfläche des politischen Lebens zu halten. Um so weniger wollen sie von der Bühne des politischen Lebens verschwinden, weil unter dem Vorwand der Loyalität halten sie für ihre wohl getarnte Aufgabe den Gang der Revolution zu hemmen, ihre Weiterentwicklung aufzuhalten, bis wieder die Zeit ihres offenen Auftretens kommt. Als erste Reaktion auf die revolutionären Ereignisse erachten sie für ihre patriotische Pflicht „*die Bewegung zu dressieren, in vernünftigen Fahrspuren zu halten... ihre Schritte zu lenken, damit sie sich nicht verirre*“.<sup>71</sup> Dieses grundlegende Ziel lassen sie für keinen Augenblick aus den Augen, selbst zur Zeit ihrer scheinbaren Anpassung an die Ereignisse und ihrer begeistertsten Hosiannarufen nicht.

Das Blatt Budapesti Híradó publiziert im Frühjahr 1848 die Erklärungen der prominentesten Führer der konservativen Partei, in denen diese – wenn auch nicht ohne Herumdeutelei und Vorbehalte – ihre Loyalität der neuen Ordnung gegenüber betonen; Graf György Apponyi, der gewesene Hofkanzler, legt in seiner Erklärung vom 1. April fest: „Meine politischen Grundsätze... der Kraft der Tatsachen unterzuordnen, halte ich für meine Pflicht“ – und verwahrt sich gegen die Behauptung, dass er nach Abdankung von seinem Amt „gegen die in letzter Zeit aufgetauchten Wünsche der Nation in heimtückischer Weise“ mitgewirkt hätte.<sup>72</sup> Graf Antal Szécsen legt in seiner Erklärung allerdings nieder, dass er die Aufhebung der Urbarmittelverhältnisse in dieser Form für „nachteilig“, „schädlich“ und „gefährlich“ hält, aber auch in dieser Beziehung bekennt, dass „die Achtung vor dem erbrachten Gesetz jedermann zur ruhigen Anerkennung der vollendeten Tatsache bewegt“. „Die erbrachten Gesetze müssen für jedermann heilig sein“.<sup>73</sup>

Beinahe gleichzeitig mit obiger Erklärung schreibt Szécsen im Mai 1848 in einem vertraulichen Brief dem im Exil lebenden Metternich – mit dem die ungarischen konservativen Führer ihre Beziehungen aufrechterhielten und den sie auch dauernd informierten –, dass die Errungenschaften der ungarischen Revolution eigentlich „unüberlegt gewährte, unüberlegt

oder hinterlistig geforderte Zugeständnisse“ waren. Seitens des Hofes geschah nicht weniger, als dass er „mit einigen Vorbehalten der vollständigen und tatsächlichen Loslösung der ungarischen Regierung zugestimmt hat“. Szécsen schreibt über den „Streich“ der ungarischen Regierung: „unter dem Eindruck künstlich vorbereiteter Gerüchte über Bauernunruhen u. s. w. wurde mit frevelhafter Überraschung die plötzliche Aufhebung aller Urbarmalleistungen ausgesprochen, – die Widerstandskraft der Besitzenden gelähmt. . .“<sup>74</sup> Überigens war im Kreise der Aristokratie diese Meinung verbreitet.

Im Frühjahr 1848 richteten die Konservativen ihre Angriffe vorerst nicht gegen das Ministerium, sondern gegen die Linke. Das Blatt der Konservativen beginnt seinen Feldzug gegen die revolutionäre Linke, und zwar – charakteristischerweise – unter der Parole des *Schutzes* des Ministeriums. „Die Regierung soll sich vor ihren alten Freunden fürchten, nicht vor uns, sie soll deren Forderungen mässigen.“<sup>75</sup> „Vertrauen in den Männern, die die Verantwortung für die riesige Arbeit der Umgestaltung de Vaterlandes auf sich genommen haben.“<sup>76</sup> Sie tut dies, um die Regierung davon zu überzeugen, dass nach den „zweckmässigen Zugeständnissen im Interesse der Ordnung unerbittliche Strenge“ erforderlich ist. Sie ermutigt das Ministerium zum Widerstand gegenüber den Forderungen der Linken.

Im Zeichen dessen verurteilt das Blatt Budapesti Híradó immer freier den „Pester lärmenden Klub. . . das Pester Gewimmel“.<sup>77</sup> Es organisiert eine landesweite Kampagne gegen die Linke, und bringt eine ganze Flut von diese beschimpfenden Artikeln. Namentlich die den „Március Tizenötödike“ (»Fünfzehnten März«) verpönnenden Artikel fehlen nicht in seinen Spalten. Über Sándor Petöfi schreibt es wiederholt als von einem „barrikadeur“ und gefährlichen Aufwiegler.<sup>78</sup> Es verurteilt die seiner Meinung nach auch in Ungarn anzutreffenden Louis Blanc-s und Blanqui-s.<sup>79</sup> Die Anhänger der linksorientierten Bewegung sind „verbrecherische Hoffnungsspinner, die nichts haben und nichts können“. Die Träger der linksorientierten Ideen sind die vom Blatt mit grösster Verachtung behandelten „geistigen Proletarier“. „Die gesellschaftliche Gleichheit ist nicht nur ein Hirngespinnst, sondern ein wahrhaftiger Aufruhr dem Schöpfer gegenüber.“<sup>80</sup> „Der Herr des Himmels sei gelobt, dass der Pester Pilvax-Geist noch keineswegs Ungarn bedeutet.“<sup>81</sup> „Weg mit der Pilvax-Diktatur, weg mit dem Jakobinertum! – donnert es.<sup>82</sup> Den Bewegungen des Pester Volks gegenüber steht es – allerdings vorsichtig – dem Wesen nach aber an der Seite des kaiserlichen Militärs und verteidigt dieses. „Und dass Budapest bisher nicht zum offenen Kriegsschauplatz der Leidenenschaften wurde, dass die wütende Feindseligkeit noch nicht zu einem Bürgerkrieg führte, ist der anwesenden Kriegsmacht zuzuschreiben.“<sup>83</sup>

Eine besondere Aufmerksamkeit verdient die Stellungnahme des Budapesti Híradó in der Frage Siebenbürgens. Nachdem es den Konservativen nicht gelungen war die Erklärung der Union zu verhindern, waren sie gegen eine *totale* Vereinigung, um die Ausdehnung der Errungenschaften der ungarischen Revolution, von allem die der Gesetze über die Aufhebung

des Urbäuerwesens auf Siebenbürgen zu verhindern. Ihr Blatt stellte die Forderung nach einer totalen Vereinigung — oder wie man sie damals nannte einer „unbedingten Union“ — so hin, dass diese nicht allein im Kreise der Nationalitäten Misstrauen erweckt, sondern auch den Székeln nicht erwünscht sei. „Wir bezweifeln es — schreibt das Blatt, — dass die Székeln auf der gleichen Grundlage, auf der in Ungarn das öffentliche Recht zur Zeit aufgebaut ist, eine Vereinigung wünschen würden.“<sup>84</sup>

Das Blatt Budapesti Híradó donnerte förmlich gegen die „unbedingte Union“. Es kann kein Freund der unbedingten Union sein, „der eine tatsächliche, dauernde Vereinigung... Frieden und Zufriedenheit wünscht. ... Auch ein aufgeklärter Verfechter unserer Nationalität kann kein Freund der unbedingten Union sein, weil deren Folge die Identität der Verfassung wäre... Die unbedingte Union verkündet ihr also nicht!“<sup>85</sup> Das Blatt wollte nämlich in Siebenbürgen „das Recht zur Regierung in den inneren Angelegenheiten und zur freien Verfügung mit den Einkünften“ beibehalten. „Union ist gleichbedeutend mit Zentralisierung; sie möge daher die Macht zentralisieren, doch darf sie die Autonomie in den inneren Angelegenheiten und das Recht der freien Verfügung mit den Einkünften nicht konfiszieren. Wenn sie auch diese nach Budapest schafft... können in fünf Jahren in den schönen Strassen von Klausenburg Büffel grasen.“<sup>86</sup>

Ein Beispiel sondergleichen der jesuitischen Heuchelei war das Verhalten des Budapesti Híradó im Zusammenhang mit den feindlichen Vorbereitungen Jellasics'. Das Blatt stellte sich auf den Standpunkt der naiven Gutgläubigkeit, obwohl niemand anderer wie die hinter dem Blatt stehenden konservativen Führer mit den tatsächlichen Absichten des kroatischen Banus und der Rolle die ihm der Hof zugedacht hat, nur zu sehr im klaren waren.

Die Taktik des Blattes war, das Auftreten von Jellačić eigentlich nur als eine gutgläubige Aktion hinzustellen, die auf einem Missverständnis beruhte, und trachtete die breite allgemeine Meinung in dieser Hinsicht zu beruhigen, deren Wachsamkeit einzuschläfern. Es liess sich in eine Diskussion mit jenen ein, die die Nation zum Selbstschutz aufforderten, und bezeichnete die diesbezüglichen patriotischen Besorgnisse als „Hirngespinnste“. „Der kroatische Banus spricht wohl in seiner Proklamation in stolzer Sprache — schrieb das Blatt anfangs Mai — und stellte sich gegenüber dem Gesetz in eine schwankende Stellung, wer jedoch sein Verhalten für eine bürokratische Reaktion betrachtet, der sieht Hirngespinnste.“<sup>87</sup> Dann an einer anderen Stelle: „Mit den Dingen in Kroatien sind wir uns nicht im klaren, wir wissen selbst nicht woran wir sind, — wir haben Grund nur Gutes zu erhoffen: Jellasics bereitet sich zu einer Rebellion für die Macht des Kaisers vor, er wird keinen Schritt tun, der diese nicht kräftigen, sondern zugrunde richten würde.“<sup>88</sup> „Von Baron Jellasics setzen wir mehr nüchternen Verstand voraus.“ Seinerseits „handelt es sich eher um einen dynastischen Übereifer“ meint das konservative Blatt, das sich förmlich zur Gutgläubigkeit Jellasics' bekannte. „Wir glauben voll und ganz, dass seine Anhänglichkeit zur Dynastie aufrichtig ist... schüren wir nicht immer das verheerende Feuer des Krieges!“<sup>89</sup>



Die Vorbereitungen des Landes zur Verteidigung trachtet es als eine übereilte, auf einem blinden Alarm beruhende schädliche Sache hinzustellen. „Sie künden immer Gefahr“ – beklagt es sich über die Linken.<sup>90</sup> Es verbreitet Defätismus und jongliert sogar mit pazifistischen Phrasen nur um die Kampfbereitschaft der Nation zu untergraben. „Wenn wir die Durchführung unserer Reformen mit einem Krieg versuchen müssen, werden wir keinen Dank darin haben. . . Bei uns wird es nur Verderb und Knechtschaft geben, sei es dass wir siegen, oder wir besiegt werden.“<sup>91</sup>

Budapesti Híradó beginnt schon zu dieser Zeit – vorerst allerdings nur verblümt – seine Lieblingstheorie zu verbreiten, wonach die ungarische Revolution eigentlich töricht ist, weil ihr Gang zu radikal ist, und nicht die Wiener Reaktion das feindliche Auftreten der Nationalitäten provoziert. So wie das Blatt die revolutionären Erscheinungen im allgemeinen, die Wiener Volksbewegungen, das Mitgefühl der Ungarn mit dem Freiheitskampf der Italiener verurteilt, so glorifiziert es Radetzky, ist es solidarisch mit dem reaktionären Standpunkt des ungarischen Klerus, erweist es ein erstaunliches Verständnis für die jüdenfeindlichen Unruhen usw. usw. Dies alles tut es in dieser aufwärtsstrebenden Periode der Revolution einstweilen gedämpft, mehr nur zwischen den Zeilen, doch mit entschiedener Konsequenz.

So wie sich die Sturmwolken über der jungen ungarischen Freiheit türmen, so wird der Ton des Blattes der Konservativen immer aggressiver, immer feindseliger. Der sich mit seiner Loyalität gegenüber dem verantwortlichen ungarischen Ministerium bis dahin gleichsam prahlende Budapesti Híradó schreibt im Juni 1848 – im diametralen Gegensatz zu seinen Beteuerungen vom März und April – bereits darüber: „es muss Parteien geben. . . Wir sind wieder hier, die Partei der rapid und die der stufenweise Fortschrittlichen, die Partei der Revolutionäre und die der Gemässigten. . . Die Zeit ist daher nicht danach angetan, dass sich die gemässigten Leute von den öffentlichen Angelegenheiten zurückziehen.“<sup>92</sup> Sich mit dem Blatt Pesti Hírlap in einen Streit einlassend verkündet es laut: „wir waren das Organ eines gemässigten Teils der öffentlichen Meinung und wollen es auch bleiben.“<sup>93</sup>

Das Blatt trachtet die Lage des Landes in immer dunkleren Farben darzustellen und greift die „improvisierte Umgestaltung“ vom März nunmehr immer offener an. „Die improvisierte Umgestaltung hat unsere politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse gestört. Sie begang zwei grosse Fehler. Der eine ist die unentgeltliche Befreiung von den Urbariallasten, der andere, dass auch solche politische Rechte erhielten, die hierzu unfähig sind, ja diese Rechte gerade gegen uns anwenden. . . Jetzt emittiert die ungarische Regierung Banknoten. . . Eine leichte Art des Geldmachens. Aber wer wird dies kontrollieren?“<sup>94</sup>

Als Nachfolger des Budapesti Híradó erschien im Juli 1848 das Blatt Figyelmező (Beobachter), als das von Károly Vida auch diesmal redigierte Zentralorgan der Konservativen, das schon von seiner ersten Nummer an einen entschieden feindlichen Ton gegen die neue Ordnung anschlug, die sie im März noch selbst begrüsst hatten. Das Blatt schreibt von einer



„Tyrannei der Freiheit“, einem „allgemeinen Elend“, das die Revolution verursacht hat. Im Herbst und Winter 1848 nimmt es die Vaterlandsverräter schon offen in Schutz und bahnt den Weg zum Sieg der Reaktion.

Die Tongebung der Zeitung der Konservativen erklärt das im Dezember 1848 erfolgte Verbot des Blattes.

## ANMERKUNGEN

- <sup>1</sup> Fonton-Nesselrode 15. Februar 1848. *Andics, E.*: A Habsburgok és Romanovok szövetsége (Das Bündnis zwischen den Habsburgern und den Romanows). (Im weiteren: Habsburgok ...) Budapest, 1961. S. 196–198.
- <sup>2</sup> *Kónyi, M.*: Deák Ferenc beszédei (Die Reden Ferenc Deáks). Bd. I–II. 1882–1886. Bd. 2, S. 15.
- <sup>3</sup> *Wertheimer, E.*: Bárány Ambrózy Lajos kiadatlan emlékirataiból (Aus den unveröffentlichten Memorien von Baron Lajos Ambrózy). Budapesti Szemle. Budapest, 1898. Bd. 95, S. 1–46. Ambrózy erachtete die Märzbeschlüsse des Landtags für „ungesetzlich“, den Umstand, dass diese der Hof akzeptierte für „verhängnisvoll“. „Eine Komödie“, „der Ungar überschüttete seinen Namen mit Schmutz“ – war seine Meinung. Er eilt nach Wien, um den Erzherzog Ludwig mit konterrevolutionären Ratschlägen zu versehen, sodann stürzt er sich bei der allerersten Gelegenheit in die konterrevolutionären Verbindungen.
- <sup>4</sup> *Reinöhl, Fr.*: Aus dem Tagebuch der Erzherzogin Sophie. Historische Blätter 1931. No 4. Wien. Eintragung vom 27. März 1848.
- <sup>5</sup> „Doch der Palatin ging darauf nicht ein, weil er nicht soviel Mut hatte, um in dieser Hinsicht die Verantwortung den Ministern gegenüber mit mir zu teilen“, beklagt sich Szögyény in seinem Tagebuch. *Szögyény-Marich László*: Emlékiratai (Memorien von László Szögyény-Marich). Bd. I–II. Budapest, 1903–1917. Bd. I. S. 81.
- <sup>6</sup> Budapesti Híradó (im weiteren: B. H.). 24. März 1848.
- <sup>7</sup> Lajos Kovács – István Széchenyi 22. März 1848. *Darvas, I.*: Diéta vagy forradalom (Landtag oder Revolution). Politika. Budapest, 26. Februar 1949.
- <sup>8</sup> S. Depesche des Erzherzog – Palatins István an Vizekanzler Szögyény. Szögyény-Marich, L. gen. Werk, S. 216; ebenso *Andics, E.*: A nagybirtokos arisztokrácia ellenforradalmi szerepe 1848–49-ben (Die konterrevolutionäre Rolle der Grossgrundbesitzer-Aristokratie in den Jahren 1848–49). (Im weiteren: Nagybirtokos arisztokrácia ...) Bd. I–II–III. Budapest, 1952–1965. – 1981. Bd. II. S. 22–23.
- <sup>9</sup> *Károlyi, Á.*: Gróf Batthyány Lajos főbenjáró póré (Der Kapitalprozess gegen Graf Lajos Batthyány). Bd. I–II. Budapest, 1932. Bd. I. S. 612.
- <sup>10</sup> S. die Briefe von Samu Jósika an József Teleki. *Deák, I.*: 1848. A szabadságharc története levelekben (Die Geschichte des Freiheitskampfes in Briefen). Ebenso: Nagybirtokos arisztokrácia ... Bd. II. S. 17.
- <sup>11</sup> Szécsen, – Pál Esterházy. In grösster Eile, eigenhändig geschriebener Brief, undatiert, aus seinem Inhalt kann jedoch der Zeitpunkt des Schreibens festgestellt werden. Nagybirtokos arisztokrácia ... Bd. II. S. 25.
- <sup>12</sup> A. a. O. S. 23.
- <sup>13</sup> In unserer Geschichtsliteratur wurde die Meinung geäußert, dass der Entwurf nicht die Schrift Emil Dessewffys, sondern die Pál Esterházy's ist. Ohne der Frage eine grundsätzliche Bedeutung zuzuschreiben – gehörte doch Esterházy zu jenen Magnaten, die die konservative Partei, die Apponyi'sche Politik moralisch und finanziell im grössten Ausmass unterstützten – müssen wir dennoch darauf hinweisen, dass seine Verfälschung zahlreiche Umstände unwahrscheinlich machen. Unter anderem die Tatsache, dass er die ungarische Sprache nur schwach beherrschte, so sehr, dass er seine Ernennung zum Minister nur unter der Bedingung angenommen hat, dass auf die im Landtag eventuell an ihn gerichtete Fragen die Aufklärung statt ihm ein anderes Mitglied der Regierung erteilt. S. *Bárfai Szabó, L.*: A sárvár-felsővidéki gróf Széchenyi család története (Geschichte der gräflichen Familie Széchenyi von Sárvár-Felsővidék). Bd. I–III. Budapest, 1911–1913–1916. Bd. III. S. 417.
- <sup>14</sup> Nagybirtokos arisztokrácia ... Bd. II. S. 24–25.

- <sup>15</sup> Fonton-Nesselrode 21. März 1848. *Andics, E.*: A Habsburgok és Romanovok szövetsége (Das Bündnis zwischen den Habsburgern und den Romanows). (Im weiteren: Habsburgok...) Budapest, 1961. S. 209–210. Darüber, dass zwecks Modifizierung des am 18. März erbrachten Landtagsbeschlusses in der Frage des Urbarialwesens schon in den folgenden Tagen wiederholt Versuche angestellt wurden – unter anderem auch zur Überredung von Deák, Kossuth, Batthyány – bearbeitete neuerdings einen reichhaltigen Stoff János Varga in seiner Arbeit *A jobbágyfelszabadítás kivívása 1848-ban* (Erkämpfung der Aufhebung der Leibeigenschaft im Jahre 1848). Budapest, 1971. S. 168–195.
- <sup>16</sup> Was die österreichischen Verhältnisse betrifft, waren die im Frühjahr und Sommer einander folgenden Ministerien tatsächlich schwach und machtlos und blieben es auch, bis die durch die Niederwerfung des Wiener Oktoberaufstands siegreiche Konterrevolution ihre eigene Regierung unter dem Präsidium des Fürsten Felix Schwarzenberg zustandebrachte.
- <sup>17</sup> Über die vom Landtagsausschuss der ungarischen Hofkanzlei, vor allem von Jósika und Szögyény ausgearbeiteten Gegenanträge s. *Károlyi, Á.*: Az 1848-diki pozsonyi törvények az udvar előtt (Die Pressburger Gesetzartikel vom Jahre 1848 vor dem Hof). Budapest, 1936.
- <sup>18</sup> Metternich-Hügel 20. März 1848. *Nagybirtokos arisztokrácia* ... Bd. II, S. 20.
- <sup>19</sup> Metternich-Ficquelmont 20. März 1848. Aus Metternichs nachgelassenen Papieren (im weiteren: N. P.). Bd. I–VIII. Wien, 1880–1884. Bd. VII, S. 611–614.
- <sup>20</sup> In Wien fand der bedrängte Hof in dem inmitten der ziemlich allgemeinen Flucht an Ort und Stelle gebliebenen Jósika eine feste und eifrige Stütze, nicht allein in den ungarischen Angelegenheiten. Über seine überaus umfangreiche Inanspruchnahme staatspolitischer Charakters schreibt sein, in Wien mit ihm wohnender Bruder, Baron János Jósika. „Zu jeder Konferenz wird er für die halbe Nacht, und auch ausserdem ohne Unterlass in die Burg gerufen“ – schreibt er. „Diese hier haben ihren Verstand so verloren, dass sie ohne ihn keinen Buchstaben niederschreiben oder niederschreiben lassen können, weder in deutschen noch in ungarischen Angelegenheiten ...“ – berichtet er im März – in Erinnerung an die heissen Wochen vorher – seinen Gesinnungsgenossen in Siebenbürgen. János Jósika – János Bornemissza 28. März 1848. *Nagybirtokos arisztokrácia* ... Bd. II, S. 45; s. ebendort a. a. O. S. 13–15.
- <sup>21</sup> *Horváth, M.*: Huszonöt év Magyarország történelméből 1823–1848 (Fünfundzwanzig Jahre aus der Geschichte Ungarns 1823–1848). Bd. I–III. (Im weiteren: Huszonöt év...) 3. Auflage, Budapest, 1886. Bd. III, S. 378. Hervorhebung von mir: E. A.
- <sup>22</sup> A. a. O. S. 497.
- <sup>23</sup> A. a. O. S. 443.
- <sup>24</sup> A. a. O. S. 438.
- <sup>25</sup> A. a. O. S. 424.
- <sup>26</sup> *Károlyi, Á.*: Az 1848-diki pozsonyi törvények az udvar előtt (Die Pressburger Gesetzartikel vom Jahre 1848 vor dem Hof). Budapest, 1936. S. 20. Anm. 7.
- <sup>27</sup> *Pap, D.*: Okmánytár Magyarország függetlenségi harcának történetéhez (Urkundensammlung zur Geschichte des Unabhängigkeitskampfes Ungarns). 1848–49. Bd. I–II. Pest, 1868–1869. Bd. I, S. 39–40.
- <sup>28</sup> A. a. O. S. 41.
- <sup>29</sup> A. a. O. S. 42–43.
- <sup>30</sup> *Wirkner, L.*: Meine Erlebnisse. 2. Auflage. Pressburg–Leipzig, 1880. S. 219–220.
- <sup>31</sup> A. a. O. S. 220.
- <sup>32</sup> *S. Károlyi, Á.*: Gróf Batthyány Lajos főbenjáró pöre (Der Kapitalprozess gegen den Grafen Lajos Batthyány). Bd. I–II. Budapest, 1932. Bd. I, S. 381. Anmerkung.
- <sup>33</sup> Szögyény-Marich gen. Werk, Bd. I, S. 65. Hervorhebung von mir: E. A.
- <sup>34</sup> *Horváth, M.*: Huszonöt év... Bd. III, S. 424.
- <sup>35</sup> Das diesbezügliche allerhöchste Handschreiben und die schriftliche Zustimmung Apponyis s. *Nagybirtokos arisztokrácia*... Bd. II, S. 26–27.
- <sup>36</sup> Allerhöchstes Handschreiben 23. März 1848, a. a. O. S. 35–36.
- <sup>37</sup> Tagebuch des Barons János Petrichevich-Horváth (1848). A Petrichevich család naplói (Tagebücher der Familie Petrichevich). Bd. III. Budapest, 1941. S. 110.
- <sup>38</sup> S. Deák, I.: gen. Werk, sowie *Nagybirtokos arisztokrácia*... Bd. II.
- <sup>39</sup> Jósika–J. Teleki 16. März 1848. Deák, I. gen. Werk S. 29–30.
- <sup>40</sup> Jósika–J. Teleki 23. März 1848. A. a. O. S. 38–40.

- <sup>41</sup> A. a. O.
- <sup>42</sup> Jósika–Teleki J. 1. April 1848. A. a. O. S. 58–59; ebenso Jósika–J. Teleki 30. März 1848. Nagyirtokos arisztokrácia... Bd. II, S. 50–51; ebenso Vortrag des siebenbürgischen Hofkanzlers Freiherrn von Jósika vom 28. März über die neusten Ereignisse in Klausenburg... StAW. Kabinettsarchiv Konferenzakten 416/848.
- <sup>43</sup> Horváth, M.: Magyarország függetlenségi harcának története 1848 és 1849-ben (Die Geschichte des Unabhängigkeitskampfes Ungarns in den Jahren 1848 und 1849). (Im weiteren: Függetlenségi harc...) II. Aufl. Bd. I–III. Pest, 1871–1873. Bd. I, S. 400–407.
- <sup>44</sup> A. a. O. S. 406.
- <sup>45</sup> Az országgyűlés főrendiházi naplója 1847–1848. (Journal des Magnatenhauses des Landtags 1847–1848). (Im weiteren: F. N.) Sitzung vom 22. März 1848. S. 401.
- <sup>46</sup> F. N. Nachmittagssitzung vom 22. März 1848. S. 382.
- <sup>47</sup> F. N. S. 388–390.
- <sup>48</sup> F. N. S. 388–391.
- <sup>49</sup> F. N. S. 408.
- <sup>50</sup> F. N. S. 408–409.
- <sup>51</sup> F. N. S. 454.
- <sup>52</sup> F. N. S. 454–465.
- <sup>53</sup> F. N. S. 454.
- <sup>54</sup> F. N. S. 455.
- <sup>55</sup> Budapesti Híradó (im weiteren B. H.), 24. März 1848. S. 286.
- <sup>56</sup> A. a. O. 22. März 1848. S. 285.
- <sup>57</sup> A. a. O.
- <sup>58</sup> F. N. S. 419.
- <sup>59</sup> F. N. S. 420–421.
- <sup>60</sup> F. N. S. 421.
- <sup>61</sup> F. N. S. 424.
- <sup>62</sup> F. N. S. 426.
- <sup>63</sup> S. G. A. XXII. vom Jahre 1848, §1. und 23. Országgyűlési irományok (Landtagschriften). Pozsony, 1848. S. 218–220. Ausführlicher s. Urbán, A.: A nemzetőrség és honvédség szervezése 1848 nyarán (Organisierung der Nationalgarde und der Landwehr im Sommer 1848). Budapest, 1973.
- <sup>64</sup> Károlyi, Á.: Az 1848-diki pozsonyi törvények az udvar előtt (Die Pressburger Gesetzartikel vom Jahre 1848 vor dem Hof). S. 124.
- <sup>65</sup> A. a. O. S. 126.
- <sup>66</sup> F. N. S. 449–451.
- <sup>67</sup> Ausführlicher s. Hajdu, J.: Eötvös József báró első minisztersége 1848. (Das erste Ministeramt des Barons József Eötvös 1848). Budapest, 1933; Andics, E.: Az egyházi reakció 1848–49-ben (Die kirchliche Reaktion in den Jahren 1848–49). Budapest, 1948.
- <sup>68</sup> B. H. 18. März 1848, S. 265.
- <sup>69</sup> B. H. 28. März 1848, S. 297.
- <sup>70</sup> B. H. 23. März 1848, S. 283.
- <sup>71</sup> B. H. 15. März 1848, S. 253.
- <sup>72</sup> B. H. 7. April 1848, S. 334.
- <sup>73</sup> B. H. 18. April 1848, S. 365.
- <sup>74</sup> Szécsen–Metternich 13. Mai 1848. Nagyirtokos arisztokrácia... Bd. II, S. 92–94. Im August schrieb Szécsen dem gewesenen Vizekanzler über die „Unhaltbarkeit“ der ungarischen Verhältnisse. A. a. O. S. 130–131.
- <sup>75</sup> B. H. 25. März 1848, S. 289.
- <sup>76</sup> B. H. 1. April 1848, S. 313.
- <sup>77</sup> B. H. 18. Mai 1848, S. 498.
- <sup>78</sup> B. H. 17., 24. Mai, 17. Juni 1848.
- <sup>79</sup> B. H. 18. Juni 1848, S. 577.
- <sup>80</sup> B. H. 17. Mai 1848, S. 469.
- <sup>81</sup> B. H. 18. Mai 1848, S. 473. Pest, 15. Mai.
- <sup>82</sup> B. H. 16. Juni 1848, S. 569.
- <sup>83</sup> B. H. 23. Mai 1848, S. 489.
- <sup>84</sup> B. H. 16. April 1848, S. 361. Hervorhebung von mir: E. A.

<sup>85</sup> B. H. 21. Mai 1848, S. 486–487. Hervorhebung v. mir: E. A.

<sup>86</sup> B. H. 21. Mai 1848, S. 487.

<sup>87</sup> B. H. 6. Mai 1848, S. 433.

<sup>88</sup> B. H. 20. Mai 1848, S. 481. Hervorhebung von mir: E. A.

<sup>89</sup> B. H. 2. Juni 1848, S. 525.

<sup>90</sup> Reform. S. Juni 1848, S. 153.

<sup>91</sup> B. H. 2. Juni 1848, S. 525.

<sup>92</sup> B. H. 8. Juni 1848, S. 545.

<sup>93</sup> B. H. 15. Juni 1848, S. 566.

<sup>94</sup> B. H. 18. Juni 1848, S. 577.